

Jan Kusber

Expertenkulturen im Wandel

Osteuropaexperten und Politik im 20. Jahrhundert

Um andere Länder und Räume zu verstehen, sind Kenntnisse der Sprachen, der Geschichte und Kultur erforderlich. Träger dieses Wissens sind Experten. Nicht die Selbstwahrnehmung, sondern die Fremdwahrnehmung entscheidet darüber, wer als Experte gilt. Unter den Osteuropa-Experten im 20. Jahrhundert dominierten lange Zeit solche, die über besondere Kenntnisse verfügten, weil sie in Osteuropa aufgewachsen waren. Erst mit der funktionalen Differenzierung, Spezialisierung und Professionalisierung von Politik und Wissenschaft veränderte sich das Profil der Experten. Aber auch die Kriterien und Mechanismen, wer als Experte galt und rekrutiert wurde, wandelten sich. Die Untersuchung von Experten ist ein Beitrag zur Geschichte des Wissens und der Wissenschaft, der Politik- und Kulturgeschichte. Sie ist geeignet, Lebenswelten, Denkstile und Netzwerke zu rekonstruieren.

Um andere Länder zu verstehen, braucht es viel: Sprach-, Landes- sowie Kulturkenntnisse, Karten und weitere Informationsquellen – vor allem aber auch Expertinnen und Experten, die ihr Wissen und ihre Meinung zur Verfügung stellen, wann immer sie gefragt werden. Das ist kein Phänomen des 20. Jahrhunderts. Siegmund von Herberstein, Ahnvater der Russlandkunde zumindest im deutschsprachigen Raum, wurde aufgrund seiner Sprach- und dann auch seiner Landeskenntnis, die er 1516/1517 und 1526/27 erworben hatte, wiederholt als Diplomat und „Politikberater“ eingesetzt.¹ Denis Diderot war als Enzyklopädist und aufgeklärter Plänemacher der Typ eines Experten, der seine Expertise ganz ungefragt in den politischen Raum einspeiste. Als Katharina II. ihn 1773 nach Russland lud, wollte sie sich mit dem Renommee des Experten schmücken. An seinen Vorschlägen für ein aufgeklärtes „Policy-Making“ war sie jedoch eigentlich nicht interessiert: Weder folgte Katharina seinem geopolitisch begründeten Vorschlag, die

Jan Kusber (1966), Dr. phil., Historiker, Professor für Osteuropäische Geschichte, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Von Jan Kusber erschien in OSTEUROPA: Wegscheide Krieg. Defekte Imperien, defekte Nationalstaaten, in: Totentanz. Der Erste Weltkrieg im Osten Europas [= OE, 2–4/2014], S. 233–246. – Die Kontinuität der Fremdheit. Russland als das „Andere“, in: Zeit im Spiegel. Das Jahrhundert der Osteuropaforschung. Berlin 2013 [= OE, 2–3/2013], S. 257–268. – Zwei Lösungen eines Problems. Die Sowjetunion und das Jahr 1956 in Polen und Ungarn, in: OE, 5/2006, S. 87–97.

¹ Gerhard Pferschy (Hg.): Siegmund von Herberstein. Kaiserlicher Gesandter und Begründer der Rußlandkunde und die europäische Diplomatie. Graz 1989, S. 168–195. Zu seiner Wirkung: Marshall T. Poe: „A people born to slavery“. Russia in Early Modern European Ethnography, 1476–1748. Ithaca, NY [u.a.] 2000.

Hauptstadt von Petersburg wieder nach Moskau zu verlegen, noch seinem ebenso berühmten wie folgenlosen Bildungsplan für Russland.²

Experten, die über ein spezialisiertes, zumeist akademisch erworbenes Wissen verfügen, deren Meinung gefragt oder eben auch nicht gefragt war, gab es also schon in der Vormoderne. Wissen und Erfahrung zeichneten und zeichnen sie ebenso aus wie die Exklusivität dieser beiden Ressourcen. Sobald sich Zweifel an der Exklusivität regen, wird das Expertentum prekär; werden Wissen und Erfahrung weder durch eine mehr oder weniger große Öffentlichkeit noch durch Entscheidungsträger aus der „Politik“ abgefragt, verliert der Experte seinen Status.³ Nicht die Eigenwahrnehmung, sondern die Fremdwahrnehmung ist entscheidend, um einen Menschen zum Experten zu machen. Dies kann mehr oder weniger berechtigt sein.

Nicht alle, die etwa im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ostukraine in der Öffentlichkeit als „Experten“ gehandelt werden, gelten auch in der jeweiligen Fachcommunity als solche. Menschen, in diesem Fall vor allem Redakteure in den verschiedenen Medien, müssen *glauben*, es handele sich um Experten – oder zumindest um „public intellectuals“, denen eine Einordnungskompetenz aktueller Problemlagen zugetraut wird.⁴ Im ausgehenden 19. und im 20. Jahrhundert, dem Zeitraum, der im vorliegenden Themenheft interessieren soll, sind Wissenschaft und Politik durch funktionale Ausdifferenzierung, Spezialisierung und Professionalisierung gekennzeichnet. Das unterscheidet sie von der Vormoderne. Damit wurde das Expertenwissen allmählich zum integralen Bestandteil der Politik, nicht nur der Außenpolitik. Regierungen bauten Expertise für viele Weltregionen auf, ob in der Sowjetunion, den USA oder in Deutschland oder Polen, oft in eigenen Instituten oder Thinktanks. Disziplinen wie Geographie, Geschichte, Orientalistik, Jura und Kulturwissenschaften gewannen an Bedeutung, um das Andere, die Anderen zu verstehen und die Welt zu ordnen. Die Erforschung des Expertentums ist also ein Beitrag zur Geschichte der Wissenschaft sowie des Wissens allgemein, der Politik- und Kulturgeschichte. Außerdem ist sie geeignet, Lebenswelten, Denkstile und Netzwerke zu rekonstruieren.

Eine besondere Gruppe von Experten stellen die Frauen und Männer dar, die im Laufe des letzten Jahrhunderts in einem regionalen Rahmen Osteuropa erforschen und vermitteln wollten. Nicht erst im Kalten Krieg waren Kenntnisse über die Länder östlich von Berlin und Wien gefragt. Schon vor dem Ersten Weltkrieg existierte eine Symbiose zwischen Wissenschaft und Politik. Bekanntermaßen war die enge Verflechtung zwischen Wissenschaft und Politik der Osteuropäischen Geschichte in die Wiege gelegt worden. Theodor Schieman⁵ und Otto Hoetzsch⁶, die Gründer des Faches an der Friedrich-Wilhelms-

² Arthur M. Wilson: Diderot in Russia, 1773–1774, in: John Garrard (Hg.): The Eighteenth Century in Russia. Oxford 1973, S. 166–197.

³ Zur Frage, was einen Experten ausmacht: Martin Kohlrausch, Katrin Steffen, Stefan Wiederkehr (Hg.): Expert Cultures in Central Eastern Europe. The Internationalization of Knowledge and the Transformation of Nation States since World War I. Osnabrück 2010.

⁴ Dazu die Beiträge in: Amitai Etzioni (Hg.): Public Intellectuals: an Endangered Species? Lanham [u.a.] 2006.

⁵ Klaus Meyer: Theodor Schieman als politischer Publizist. Frankfurt/Main [u.a.] 1956. – Gerd Voigt: Rußland in der deutschen Geschichtsschreibung 1843–1945. Berlin 1994, S. 83–126.

⁶ Uwe Liszkowski: Osteuropaforschung und Politik. Ein Beitrag zum historisch-politischen Denken und Wirken von Otto Hoetzsch. 2 Bde., Bd. I. Berlin 1988, S. 12. – Die Biographie von Hoetzsch ist gut erforscht: Gerd Voigt: Otto Hoetzsch, 1876–1946. Wissenschaft und Politik

Universität in Berlin, aber auch Hans Uebersberger in Wien waren nicht nur politisch profiliert, sondern auch politische Publizisten.⁷ Bei Otto Hoetzsch verband sich die wissenschaftliche und publizistische Tätigkeit mit seiner unmittelbar politischen – zunächst in verschiedenen nationalen Verbänden wie dem Ostmarkenverein, dann zwischen 1920 und 1930 als Abgeordneter in der Preußischen Landesversammlung und im Deutschen Reichstag. Hans Uebersberger wurde vom konservativen Nationalen zum überzeugten Nationalsozialisten und zum Profiteur der Machtergreifung Hitlers: Er folgte 1934 dem aus politischen Gründen geschassten Hoetzsch als Lehrstuhlinhaber in Berlin nach, nachdem er zuvor das Osteuropainstitut in Breslau, das sich nach dem Ersten Weltkrieg der Ostmitteleuropa- und Ukraineforschung widmete, gleichgeschaltet und jüdische Mitarbeiter herausgedrängt hatte. Uebersberger und sein Nachfolger in Breslau, Hans Koch, versuchten sich durch ihre Expertise Forschungsressourcen zu sichern.⁸ Die politische Orientierung war der eigenen Karriere nützlich, und der Aufstieg neuer Experten ging mit dem Ausschluss der alten einher.⁹

Vor allem nach den Revolutionen von 1917 in Russland nahmen Ost-Experten eine wichtige Funktion im Umfeld der Außenministerien ein. Welche Rolle sie spielten, ob Politiker bei ihnen Rat suchten, gar auf sie hörten, wie ihr Wissen in die Politik einfluss – auch dies ist Gegenstand der Beiträge in diesem Heft: Experten wurden Beamte in Ministerien, arbeiteten in Botschaften und Auswärtigen Ämtern. Mit der Differenzierung der Bürokratien war Spezialwissen über Recht, Gesellschaft, Politik von Regionen gefragt.

Was waren dies für Menschen, die solche Qualifikationen mitbrachten? Die wenigsten waren Übersetzer in einem ganz unmittelbaren Sinne, wie etwa der Slavist Rolf-Dietrich Keil, der für Konrad Adenauer bei seinem Moskau-Besuch 1955 dolmetschte.¹⁰ Aber seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts hatten Personen Einfluss, die Landeskenntnisse besaßen, etwa weil sie in Osteuropa aufgewachsen waren. Die akademischen Eliten in den vorrevolutionären Imperien waren durchaus mobil. Mit dem Untergang des Zarenreiches und der Elitenemigration gab es nennenswerte Gruppen, die ihre Kenntnisse und ihr Wissen zur Verfügung stellten.¹¹ Zunehmend aber wurden akademisch ausgebildete Osteuropaexperten zu Fragen der Politik hinzugezogen. Vor dem Kalten Krieg waren dies zumeist Menschen mit langjähriger praktischer Erfahrung im Untersuchungsraum. Diese direkte Landeskenntnis wich ab 1945 akademisch erworbenem Wissen und dem Versuch, das jeweilige andere Land auf dieser Basis zu verstehen. Alle Experten nahmen jedenfalls für sich in Anspruch, aus der Kenntnis des Ostens die zukünftigen

im Leben eines deutschen Historikers. Berlin (DDR) 1978. – Karl Schlögel: Von der Vergeblichkeit eines Professorenlebens. Otto Hoetzsch und die deutsche Russlandkunde, in: Spiegel der Zeit: 1925–2005. Traditionen, Brüche, Perspektiven. Berlin 2005 [= OE, 12/2005], S. 5–28.

⁷ Arnold Suppan, Maria Wakounig: Hans Uebersberger (1877–1962), in: Arnold Suppan [u.a.] (Hg.): Osteuropäische Geschichte in Wien. 100 Jahre Forschung und Lehre an der Universität. Innsbruck [u.a.] 2007, S. 91–165.

⁸ Hans-Jürgen Bömelburg: Osteuropa-Institut (OEI), Breslau, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014, <ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32794>.

⁹ Hans-Christian Petersen, Jan Kusber: Osteuropaforschung zwischen Osteuropäischer Geschichte und Ostforschung, in: Jürgen Elvert, Jürgen Nielsen-Sikora (Hg.): Kulturwissenschaften und Nationalsozialismus. Stuttgart 2008, S. 289–312.

¹⁰ Rolf-Dietrich Keil: Mit Adenauer in Moskau – Erinnerungen eines Dolmetschers. Bonn 1997.

¹¹ Marc Raeff: Russia Abroad. A Cultural History of the Russian Emigration, 1919–1939. Oxford 1990, insb. S. 73–93.

Entscheidungen der dortigen Politiker vorhersagen oder sogar beeinflussen zu können. Zu dem Wissen gehörten für diese Experten also auch das Bewusstsein eigener Bedeutung und der Drang, sich Geltung zu verschaffen.

Als Beispiel für eine Person, die die genannten Kriterien in ihrer Biographie kombinierte, mag Boris Meissner (1915–2003) gelten. Meissner wurde als Sohn des deutsch-baltischen Staatsanwalts Artur Meissner geboren und verbrachte seine Jugend im estnischen Pärnu. Nach einem Wirtschaftsstudium an der Universität Dorpat (Tartu) bis 1934 und einem weiteren der Rechtswissenschaften, ebenfalls in Tartu, folgte er 1939 im Zuge des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts der Umsiedlung der Deutschbalten.¹² Meissner arbeitete dann im von Deutschland besetzten Posen als Assistent an der dortigen Universität, später in Breslau. Er war 1940–1945 Kriegsteilnehmer, wobei seine Tätigkeit in der Wehrmacht umstritten ist, wie eine Kontroverse im Bundestag anlässlich der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes 1996/1997 auch öffentlich zeigte.¹³

Auch hier steht er *pars pro toto* für viele seiner Generation, wie wir seit der Diskussion über das Wirken nationalsozialistisch belasteter Personen in der frühen Bundesrepublik wissen. Diese Netzwerke der Ostforschung, die zum Teil im neuen Gewande, zum Teil nun mit antisowjetischer Ausrichtung neu gegründet und von der Politik in Anspruch genommen wurden, sind seit den späten 1980er Jahren aufgearbeitet worden.¹⁴ Das Fortleben und die Bedeutung solcher Experten in der DDR sind hingegen kaum Gegenstand der Forschung geworden.

Boris Meissner, um beispielhaft bei dieser Person zu bleiben, kam nach der Entlassung aus britischer Kriegsgefangenschaft 1946 an die Universität Hamburg, wo er bis 1953 an der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht arbeitete. Er war am Wiederaufbau der deutschen Osteuropaforschung nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich beteiligt: in der *Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde* sowie als Präsident des „Göttinger Arbeitskreises“, in dem sich nach 1946 zunächst Wissenschaftler der Königsberger Universität, dann aber generell konservative vertriebene Wissenschaftler sammelten. Meissner insbesondere verstand sich auch als Lobbyist und Rechtsexperte der Vertriebenen.

Von 1953 bis 1959 stand Meissner in Diensten des Auswärtigen Amts. Als Leiter des Referats Sowjetunion gehörte er den Beobachter-Delegationen der Bundesregierung bei den Konferenzen von Berlin (Februar 1954) und Genf (Juli und November 1955) an und begleitete als mehrsprachiger Diplomat Konrad Adenauer bei dem historisch gewordenen Moskaubesuch 1955 zu Verhandlungen mit Nikita Chruščev und Michail Bulganin über die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen und bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion. Im

¹² Lars Bosse: Vom Baltikum in den Reichsgau Wartheland, in: Michael Garleff (Hg.): *Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich*, Band 1. Köln [u.a.] 2008, S. 297–387.

¹³ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS – Drucksache 13/6904: Kritik an der Ordensverleihung an Prof. Dr. Boris Meissner, DS13/7101, 25.2.1997.

¹⁴ Markus Krzoska: Ostforschung, in: Ingo Haar, Michael Fahlbusch (Hg.): *Handbuch der völkischen Wissenschaften*. München 2008, S. 452–463. – Petersen, Kusber, *Osteuropaforschung* [Fn. 9]. – Jan M. Piskorski [u.a.] (Hg.): *Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Disziplinen im Vergleich*. Osnabrück 2002. – Corinna Unger: *Ostforschung in Westdeutschland. Die Erforschung des europäischen Ostens und die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1945–1957*. Stuttgart 2007.

Frühjahr 1956 wurde Meissner Gesandtschaftsrat an der deutschen Botschaft in Moskau. Von 1959 bis 1964 lehrte er an der Universität Kiel und richtete dort das Seminar für Politik, Gesellschaft und Recht Osteuropas ein. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Auswärtigen Dienst war er weiterhin als Regierungsberater tätig. Bei der Gründung des *Bundesinstituts zur Erforschung des Marxismus-Leninismus* (Institut für Sowjetologie), aus dem später das *Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien* in Köln hervorging, spielte er eine gewichtige Rolle. Von 1965 bis 1984 war er Professor an der Universität zu Köln, wo er das Institut für Ostrecht aufbaute und als „spin doctor“ tätig blieb.

Die dürre Beschreibung biographischer Stationen reicht zumeist nicht aus, um den Inhalt und die Wirkung der Expertise des jeweiligen Menschen zu erfassen. Biografik ist voraussetzungsvoll. Dies gilt auch für die hier in Rede stehenden Experten, deren Einordnung in ihrer jeweiligen Zeit, aber auch in der Rezeption politischen Standpunkten und wissenschaftlichen Paradigmen unterliegt. Und das Beispiel von Meissner – so auch das der anderen Experten, die uns in diesem Themenheft begegnen – zeigt, dass ihr Einfluss und ihre Wirkung auf politisches Handeln nicht immer einfach zu rekonstruieren sind.

Selbstvertrauen und Charisma waren äußerst wichtig, doch was Experten sagten, musste nicht zwangsläufig geglaubt und befolgt werden. Zwar wuchs der Einfluss der Experten, deren Wissen zu gegenwartsrelevanten Themen aus der Politik gefragt war. Dennoch ist es sehr schwer, auf die beiden Fragen „Wer glaubte wann wem? Spielten Experten im Entscheidungsprozess tatsächlich eine große Rolle?“ eine begründete Antwort zu geben. Oder wiegt im Moment der Entscheidung das Bauchgefühl der Politiker jedes Expertenwort auf? Und ein weiteres: Versuchen die Experten nicht auch, die Politik für ihre Zwecke zu instrumentalisieren?

Nehmen wir noch einmal Otto Hoetzsch. 2010 hat Patrick Bormann herausgearbeitet, dass Hoetzchs Initiative zur Gründung der *Deutschen Gesellschaft zum Studium der Geschichte Russlands* 1913 auch den institutionalisierten Versuch darstellte, Einfluss auf die deutsche Russlandpolitik zu gewinnen und sich dafür materielle und immaterielle Ressourcen zu sichern.¹⁵ Die *Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde* verfolgte nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg als Versammlung von Experten und mehr oder weniger informierten, aber an der Expertise interessierten Menschen ebenso diese Zielsetzung.¹⁶

Je nach situativem Umfeld und Bedarf instrumentalisierten Regime und Regierungen jede Form der institutionalisierten Expertise. Schon in der Weimarer Republik, vor allem aber im Dritten Reich unter dem Vorzeichen der nationalsozialistischen Rasse- und Volksideologie griff die Politik mit Blick auf das östliche Europa auf die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ zurück. Dabei handelte es sich um eine Einrichtung für „Volkstums-Politik“, in der nach regionalen und funktionalen Kriterien differenziert Forschungsinstitute und Forschungsverbände vertreten waren.¹⁷

¹⁵ Patrick Bormann: Das ist ja „rein politisch“. Zur Gründungsgeschichte der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Russlands“ vor dem Ersten Weltkrieg, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, 3/2010, S. 353–380.

¹⁶ Eine wissenschaftliche Monographie über die DGO fehlt. Sie wird vom Verfasser dieses Textes vorbereitet.

¹⁷ Am Beginn der Aufarbeitung steht: Michael Burleigh: *Germany Turns Eastwards. A Study of „Ostforschung“ in the Third Reich*. London 2002.

Die Menschen in diesen „Denkfabriken“, um einen Begriff von heute zu gebrauchen, hatten natürlich eine persönliche und akademische Biografie vor ihrem Eintritt in diese Institutionen, während ihrer Tätigkeit und danach. Gerade auch die Geschichtswissenschaft hat dies in der Diskussion über die Ostforschung im Dritten Reich in manchem, aber noch keineswegs in allem aufgearbeitet. Das vorliegende Heft möge weitere Steinen zum noch unvollständigen Mosaik beisteuern.¹⁸

In der Bundesrepublik wurde mit Erlass vom 6. April 1961 nach Wünschen des Bundesinnenministeriums und mit ideologischem Schwerpunkt das *Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus* (Institut für Sowjetologie) gegründet.¹⁹ Im Mai 1966 wurde dessen Bezeichnung in *Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien* (BIOst) geändert, was ein Abrücken von der Ideologie zu einer umfassenden Länderforschung signalisierte. Die mehrfachen Namensänderungen gingen einher mit einer Diskussion über die Ziele und das Konzept des Instituts, die anstelle einer nebulösen ideologischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus die Erforschung der innenpolitisch und außenpolitisch relevanten Vorgänge in der Sowjetunion und den anderen Ostblockstaaten in den Mittelpunkt stellte. Damit wurde das Institut zu einem breit angelegten Beratungsorgan der Bundesregierung.

Für „Zwecke der Bundesregierung und zur Unterrichtung des Parlamentes“, wie es hieß, erforschte es bis zu seiner Auflösung am Jahresende 2000 die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Sowjetunion, deren Nachfolgestaaten, den Staaten Ostmittel- und Südosteuropas, der Volksrepublik China und den kommunistisch regierten Staaten der Dritten Welt sowie die Auswirkungen dieser Entwicklungen auf die internationalen Beziehungen. Die Mitarbeiter des BIOst spielten in der osteuropabezogenen Forschung eine relevante Rolle. Für manche war es eine Station auf dem Weg zu einem universitären Lehrstuhl, wie etwa im Falle Erwin Oberländers in Münster und Mainz.²⁰ Manche machten auch nach dem Ende des Instituts als Experten im politikberatenden Bereich Karriere, wie etwa Dieter Bingen als Direktor des Deutschen Polen-Instituts (Darmstadt) in den deutsch-polnischen Beziehungen oder Gerhard Simon, der bis heute einer der führenden deutschen Ukraine-Experten ist.²¹ Rückblickend würdigte Heinz Brahm, langjähriger Wissenschaftlicher Direktor des Instituts, die Rolle des Bundesinstituts als „Drehscheibe der Osteuropaforschung“ und beschrieb diese 2005 in der Zeitschrift *OSTEUROPA* mit den Worten:

¹⁸ Michael Fahlbusch: Volkstumsforschung und deutsche Ethnopolitik am Beispiel des Reichssicherheitshauptamts III B und IV G, in: Gabriele Lingelbach [u.a.] (Hg.): *Historische Institute im internationalen Vergleich*. Leipzig 2001, S. 247–268, hier S. 253f.

¹⁹ 149. Kabinettsitzung am 31. Mai 1961: E. Institut für Sowjetologie unter: <www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1961k/kap1_2/kap2_17/para3_10.html>.

²⁰ Jan Kusber: Erwin Oberländer und die Mainzer Osteuropäische Geschichte in Zeiten des Umbruchs, in: Hans-Christian Petersen, Jan Kusber (Hg.): *Neuanfang im Westen. 60 Jahre Osteuropaforschung in Mainz*. Stuttgart 2007, S. 91–101.

²¹ Siehe exemplarisch die jüngsten Arbeiten von Gerhard Simon in *OSTEUROPA*: Good Bye, Lenin! Die Ukraine verbietet kommunistische Symbole, in: OE, 3/2016, S. 79–84. – Legitimation durch Wahlen: Der Umbruch in der Ukraine, in: OE, 9–10/2014, S. 155–168. – Zusammenbruch und Neubeginn. Die ukrainische Revolution und ihre Feinde, in: OE, 5–6/2014, S. 9–40. – Staatskrise in der Ukraine. Vom Bürgerprotest für Europa zur Revolution, in: OE, 1/2014, S. 25–41.

Fünf Jahre sind seit der Schließung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) vergangen. Als Verbindungsstelle zwischen der Osteuropaforschung und der Bundesregierung war das interdisziplinär ausgerichtete BIOst ein Novum. In Gesprächsrunden mussten die Politikwissenschaftler, Ökonomen und Juristen ständig ihre Erkenntnisse abgleichen. Zwar arbeitete das BIOst für viele Ministerien, sein eigentlicher Ertrag liegt jedoch in der Forschung. Das Institut wurde weder von den Ressorts vereinnahmt, noch folgte es akademischen Konjunkturen. Es war ein offenes Haus, in dem Studenten arbeiteten und Journalisten Gesprächspartner fanden. Für die Wissenschaftler ergaben sich Einsichten durch Kontakte, die anderswo kaum möglich waren.²²

Das Zitat illustriert eindrücklich das Selbstverständnis und die Eigensicht eines Experten auf seinen institutionellen Kontext und wirft die Frage auf, inwieweit diese Erfahrung übertragbar auf jene Fälle ist, die im vorliegenden Heft behandelt werden. Sie werfen auch ein Schlaglicht auf transnationale Zusammenhänge im Kontext des Kalten Krieges. Experten waren in der Lage, jenseits politischer oder ideologischer Grenzen, eine gemeinsame Sprache zu finden, die ihrer Expertenkultur entsprach: Es existiert ein aufschlussreiches Foto von Otto Hoetzsch und anderen Wissenschaftlern der DGO und Michail Pokrovskij – gemeinsam mit einer sowjetrussischen Wissenschaftlerdelegation –, das zeigt, wie sich die Experten habituell ähneln und dass sie trotz ideologischer Gegensätze auch eine kommunikative Ebene verband.²³

Ein Blick auf die Osteuropaexperten ist zugleich ein Blick zurück in das Fach der Osteuropa-Wissenschaften. Deshalb veranstalteten das Herder-Institut, der Verband der Osteuropahistorikerinnen und -historiker und die DGO die Tagung gemeinsam, die diesem Themenheft zugrunde liegt. Nicht nur der Historiker Otto Hoetzsch oder der Politikwissenschaftler und Publizist Klaus Mehnert²⁴ hatten Einfluss auf die Politik und waren wichtige Vertreter in der Geschichtsvermittlung für eine gelehrte wie außeruniversitäre Welt. Auch Naturwissenschaftler, Ingenieure oder Landwirtschaftsexperten wie Otto Auhagen spielten eine große Rolle.²⁵ Und es gab gleichwohl zahllose andere Experten, denen Politiker nicht zuhörten.

Gerade angesichts des anhaltenden Krieges in der Ostukraine und der politischen Konstellationen im östlichen Europa, in denen gesellschaftliche Strukturen, Autoritarismus, Sicherheit und Frieden sowie politische Ordnungsmodelle der Erörterung durch Wissenschaft und Politik bedürfen, steht es den Experten gut an, über sich selbst nachzudenken – und dies auch öffentlich, denn ihre Position wird von Menschen negiert, die das Postfaktische über wissenschaftliche Argumente erheben. Während Experten, im Dienste eines

²² Heinz Brahm: Drehscheibe der Osteuropaforschung: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, in: Spiegel der Zeit [Fn. 6], S. 163–175, hier S. 163.

²³ Hans Jonas, Otto Schiller, Klaus Mehnert, Werner Markert, Ernst von Eicke: Fünfzig Jahre Osteuropa-Studien. Zur Geschichte der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde. Aachen 1963.

²⁴ Michael Kohlstruck: „Salonbolschewist“ und Pionier der Sozialforschung. Klaus Mehnert und die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas 1931–1934, in: Spiegel der Zeit [Fn. 6], S. 29–48. – Ulrich Schmid: Wie bolschewistisch ist der „Sowjetmensch“? Klaus Mehnert erkundet die russische Mentalität, in: Zeithistorische Forschungen, 3/2007, S. 466–471.

²⁵ Otto Auhagen, in: Deutsche Biographie, <www.deutsche-biographie.de/sfz1596.html>.

begrenzten politischen Anliegen, einer Weltanschauung oder einer Ideologie, für sich in Anspruch nehmen, wissenschaftsbasiert oder doch zumindest wissenschaftsnah, Expertise in den politischen Raum zu spielen, werden sie von manchen gegenwärtig als Teil einer Elite begriffen, deren Meinungsvorherrschaft und Einfluss auf politische Entscheidungen angegriffen wird. Die für jede rationale Diskussion gefährliche Ausrufung des postfaktischen Zeitalters stellt nicht nur die politischen Eliten in Frage, sondern auch deren Experten, denen nicht selten der Technokratievorwurf anhaftet.²⁶

Wenn aber Experten vor dem Hintergrund dieser Herausforderung die Teilnahme am öffentlichen Diskurs aufgeben, begeben sie sich der Möglichkeit, für Rationalität im Handeln zu werben und es mit entscheidungsrelevanter Expertise zu versehen. Dass dieser Rolle als Experte immer auch Momente von Verführung und Verführbarkeit, Indienstnahme und Andienen, Eitelkeit und Geltungsbedürfnis innewohnen, liegt in der Natur der Sache. Das illustrieren die Beiträge dieses Heftes. Experten, ihr Selbstan-spruch, ihre Macht, aber auch ihr Scheitern gehören zur Moderne, vor allem zum 20. Jahrhundert. Ob sie auch im 21. Jahrhundert relevant sein werden, bleibt abzuwar-ten. In Bezug auf das östliche Europa spricht nach einer vorübergehenden Krise durch falsche wissenschaftspolitische Weichenstellungen, die zu einem Mangel an Osteuro-paexpertise geführt hatten, mit der nun erfolgten Gründung eines neuen *Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien* (ZOIS) manches dafür.²⁷

²⁶ Jan Werner Müller: Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin ³2016, S. 115f.

²⁷ Siehe als vielzitierte Analyse: Manfred Sapper: Niedergang und Neuanfang. Die Krise der deutschen Russlandexpertise, in: Auge auf! Aufbruch und Regression in Russland. Berlin 2012 [= OE, 6–8/2012], S. 505–520. Unterdessen hat die Bundesregierung ein neues Institut gegrün-det. Das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) betreibt gegenwartsbezo-gene Osteuropaforschung und hat im Oktober 2016 in Berlin seine Arbeit aufgenommen, <www.zois-berlin.de/>